

Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2009 (HGB)



Landesbank Berlin Holding AG
Jahresabschluss und Lagebericht 2009 (HGB)

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats	1
Corporate Governance-Bericht	8
Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns	14
Lagebericht	
Das Unternehmen im Überblick	15
Allgemeiner Verlauf im Überblick	35
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2009	44
Risikobericht	48
Prognosebericht	87
Jahresabschluss	
Bilanz	91
Gewinn- und Verlustrechnung	92
Anhang	93
Anlagen zum Anhang	108
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	117
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	118

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2009 in sieben Plenumssitzungen – davon einer Telefonkonferenz – sowie in elf Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Dabei hat er sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich sowie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem jeweiligen Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Im Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat in sämtlichen Sitzungen über die aktuelle Geschäftsentwicklung und die Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns vom Vorstand berichten lassen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die intensive Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der sich infolge der Finanzmarktkrise abschwächenden Konjunktur auf die Gesellschaft und die vom Vorstand ergriffenen Maßnahmen.

Dem Aufsichtsrat wurden die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 27. März 2009 übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgte die Berichterstattung des Vorstands über das Geschäftsjahr 2008 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und

Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2008 einschließlich des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2008. Im Zusammenhang mit der Erörterung des Vergütungsberichts überprüfte der Aufsichtsrat das Vergütungssystem des Vorstands und nahm den Bericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen zur Kenntnis.

Die außerordentliche Aufsichtsratssitzung am 3. Juni 2009 wurde in Form einer Telefonkonferenz abgehalten. Beraten wurden Angelegenheiten des Vorstands.

In der Sitzung am 9. Juni 2009 vor Beginn der Hauptversammlung trat der Aufsichtsrat in seiner bisherigen Besetzung letztmalig zusammen. Er tagte u. a. zum Thema Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK) und wertete die Effizienz seiner Aufsichtsrats Tätigkeit aus. Ferner informierte der Vorstand über das Ergebnis nach HGB zum 31. März 2009 sowie die aktuelle Geschäftsentwicklung. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 9. Juni 2009 endete die fünfjährige Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder.

In der sich an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurden Herr Heinrich Haasis erneut zum Vorsitzenden und Frau Bärbel Wulff erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. In der Sitzung wurden außerdem die Mitglieder der Ausschüsse des Aufsichtsrats – des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses sowie des gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG zu bildenden Vermittlungsausschusses – neu gewählt.

Am 19. Juni 2009 erörterte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung unter anderem die Risikostrategie, den Bericht der Berliner Sparkasse für 2008 und den Bericht zur Zusammenarbeit zwischen der LBB und den Sparkassen.

In der Sitzung am 2. September 2009 befasste sich der Aufsichtsrat mit den Prüfungsschwerpunkten der Jahresabschlussprüfung 2009, den Auswirkungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG), dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht (FinVAG).

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 20. November 2009 stellte der Vorstand die Mittelfristplanung vor. Darüber hinaus behandelte der Aufsichtsrat die

Schwerpunkte Deutscher Corporate Governance Kodex sowie den Umsetzungsstand der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Außerhalb der Sitzungen wurden im Geschäftsjahr 2009 zwei Beschlüsse vom Aufsichtsrat im Umlaufverfahren gefasst.

Zwei Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen krankheitsbedingt bzw. aufgrund dringender anderweitiger Verpflichtungen im Jahresverlauf an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss trat im Berichtsjahr in elf Sitzungen zur Vorberaterung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen; drei der Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten. Gegenstand dieser Telefonkonferenzen war unter anderem die Erörterung des jeweiligen Zwischenberichts zum 31. März 2009 und 30. Juni 2009 vor seiner Veröffentlichung mit dem Vorstand. Drei Beschlüsse wurden im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Zudem befasste er sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2009 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Ein Mitglied des BPS-Ausschusses hat krankheitsbedingt im Berichtsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Corporate Governance

In mehreren Sitzungen hat der Aufsichtsrat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) erörtert. Im Frühjahr 2009 hat der

Aufsichtsrat seine Arbeit erneut einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 18. Juni 2009 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der Holding und der LBB ein gemeinsamer Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie ein ausführlicher Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den entsprechenden Kapiteln des Geschäftsberichts zu entnehmen.

Personalia Vorstand

Der Aufsichtsrat hat sich mit Herrn Hans-Jörg Vetter im gegenseitigen Einvernehmen darauf geeinigt, dass seine Bestellung zum Vorsitzenden des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG mit Ablauf des 10. Juni 2009 endete. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Vetter für seine verdienstvolle Tätigkeit als Vorsitzender des Vorstands. Unter seiner Führung wurde der Konzern saniert und sicher durch die weltweite Finanzmarktkrise gesteuert.

In seiner Sitzung am 19. Juni 2009 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung vom 1. Juli 2009 zum Vorsitzenden des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG ernannt.

Personalia Aufsichtsrat

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 9. Juni 2009.

Als Vertreter der Anteilseigner wurde mit Wirkung vom 9. Juni 2009 von der Hauptversammlung Herr Gerhard Grandke zum Mitglied des Aufsichtsrats neugewählt. Daneben wurden von der Hauptversammlung 2009 für eine Amtszeit von fünf Jahren die Herren Heinrich Haasis, Hans Jörg Duppré, Artur Grzesiek, Jürgen Hilse, Claus Friedrich Holtmann, Thomas Mang, Peter Schneider, Friedrich Schubring-Giese und Dr. Harald Vogelsang wiedergewählt.

Die Vertreter der Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Aufsichtsrat sind bereits am 4. Mai 2009 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG gewählt worden. Bestätigt wurden Frau Christina Förster und Frau Bärbel Wulff sowie die Herren Sascha Händler, Michael Jänichen, Daniel Kasteel und Frank Wolf. Neu gewählt wurden die Herren Michael Dutschke, Gerald Herrmann, Frank Meysel und Wolfgang Pansegrau.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Frau Dagmar Brose, Frau Astrid Maurer und den Herren Gregor Böhmer, Andreas Rohde sowie Joachim Tonndorf für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2009 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

Jahresabschluss 2009

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine

wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung ging er eingehend auf die Fragen der Gremienmitglieder ein. Der Aufsichtsrat hat sich gem. DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2009 in seiner Sitzung vom 26. März 2010 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2009 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 141.712.875,71 € wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 0,14 € je dividendenberechtigter Stückaktie, insgesamt 139.905.901,80 € und Gewinnvortrag in Höhe von 1.806.973,91 €.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2009 in einem von der anhaltenden Finanzmarktkrise beeinflussten und herausfordernden Marktumfeld erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2010

Der Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

I. Corporate Governance-Bericht und Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) werden als Leitlinien guter Unternehmensführung verstanden. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften orientieren sich unabhängig von ihrer Rechtsform an den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), soweit seine Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB. Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

1. Vorstand

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Dabei entwickelt der jeweilige Vorstand die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und stellt ihre Umsetzung sicher. Die beiden Vorstandsgremien informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über

Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung. Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten. Die Zusammensetzung der beiden Vorstandsgremien und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind im Geschäftsbericht des Konzerns dargestellt.

2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte sind namentlich im Geschäftsbericht aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen den jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss hat der Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss gebildet.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2009 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Der Bericht des Aufsichtsrats der Holding ist im Geschäftsbericht abgedruckt. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben - wie auch in den Vorjahren - keinen Interessenkonflikten.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie auch - auf freiwilliger Basis - der Aufsichtsrat der LBB haben auch im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Checkliste durchgeführt, die von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurde. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung kamen beide Gremien zu der Einschätzung, dass die Effizienz weiter gesteigert werden konnte. Beide Aufsichtsratsgremien beurteilten ihre Arbeit als effizient, neben organisatorischen Optimierungen wurde unter anderem die Kommunikation mit dem Vorstand weiter intensiviert. Die noch bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

3. Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der börsennotierten Holding nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jede Aktie verbrieft das gleiche Stimmrecht. Die Hauptversammlung entscheidet über die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, zu denen unter anderem die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Bestellung des Abschlussprüfers, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Satzungsänderungen und Kapitalmaßnahmen gehören. Den Vorsitz der Hauptversammlung führt grundsätzlich der Aufsichtsratsvorsitzende. Um den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, werden die notwendigen Unterlagen im Anschluss an die Einberufung im Internet veröffentlicht. Es besteht für die Aktionäre die Möglichkeit, einen Stimmrechtsvertreter mit der weisungsgebundenen Ausübung ihrer Stimmrechte zu beauftragen.

4. Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2009 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2009 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

5. Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen. Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zu der für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Konzerngesellschaften bestehenden Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, für die Mitglieder des Vorstands in der gesetzlichen Mindesthöhe.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im Konzernlagebericht und mit den personifizierten Angaben zu den Bezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Konzernanhang des Geschäftsberichts enthalten.

6. Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2009 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Konzern- und Jahresabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaft informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser dem Geschäftsbericht zu entnehmen.

7. Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte der Holding und der LBB sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

8. Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 18. Juni 2009 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und wie folgt im Februar 2010 abgegeben.

Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 18. Juni 2009

§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Landesbank Berlin Holding AG ab:

- (a) In der D&O-Versicherung ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats kein dem gesetzlichen Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands entsprechender Selbstbehalt von mindestens 10 Prozent des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen (Ziff. 3.8 DCGK).

Der für die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen der D&O-Versicherung vereinbarte Selbstbehalt in Höhe einer halben Jahresfestvergütung hat sich bewährt und sollte daher nicht verändert werden. Der bestehende Selbstbehalt erfüllt den Regelungszweck und wird für angemessen gehalten, die Aufsichtsratsaufgaben pflichtgemäß und gewissenhaft wahrzunehmen, insbesondere die Geschäftsführungstätigkeit des Vorstands dahingehend zu überwachen, dass keine unangemessenen Risiken für das Unternehmen eingegangen werden. Einer Erhöhung des Selbstbehalts wird auch keine weitergehende verhaltenssteuernde Funktion beigemessen. Sie ist daher weder erforderlich noch sachgerecht.

- (b) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach einschließlich Nebenleistungen auf zwei Jahresvergütungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).

Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein

Abfindungs-Cap vereinbart wird.

- (c) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrates auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

- (d) Die Amtszeit der durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 30.08.2007 bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG war nicht bis zur Hauptversammlung des Folgejahres befristet (Ziff. 5.4.3 DCGK).

Die Bestellung wurde nicht befristet, um die Kontinuität der Aufsichtsratsarbeit nach dem Abschluss der Restrukturierung und der Privatisierung sicherstellen zu können. Die Anteilseignervertreter wurden in der Hauptversammlung am 9. Juni 2009 neu gewählt, so dass die Amtszeit aller gerichtlich bestellten Aufsichtsratsmitglieder zu diesem Zeitpunkt endete. Die Gesellschaft weicht mit Beendigung der Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 von dieser Empfehlung nicht mehr ab.

- (e) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).

Der Aufsichtsrat hat sich dafür entschieden, auf den dividendenabhängigen Teil der Aufsichtsratsvergütung zu verzichten, denn die Dividendenhöhe ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

Vorstand und Aufsichtsrat
der Landesbank Berlin Holding AG

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns 2009

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den für das Geschäftsjahr 2009 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 141.712.875,71 € wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von 0,14 €

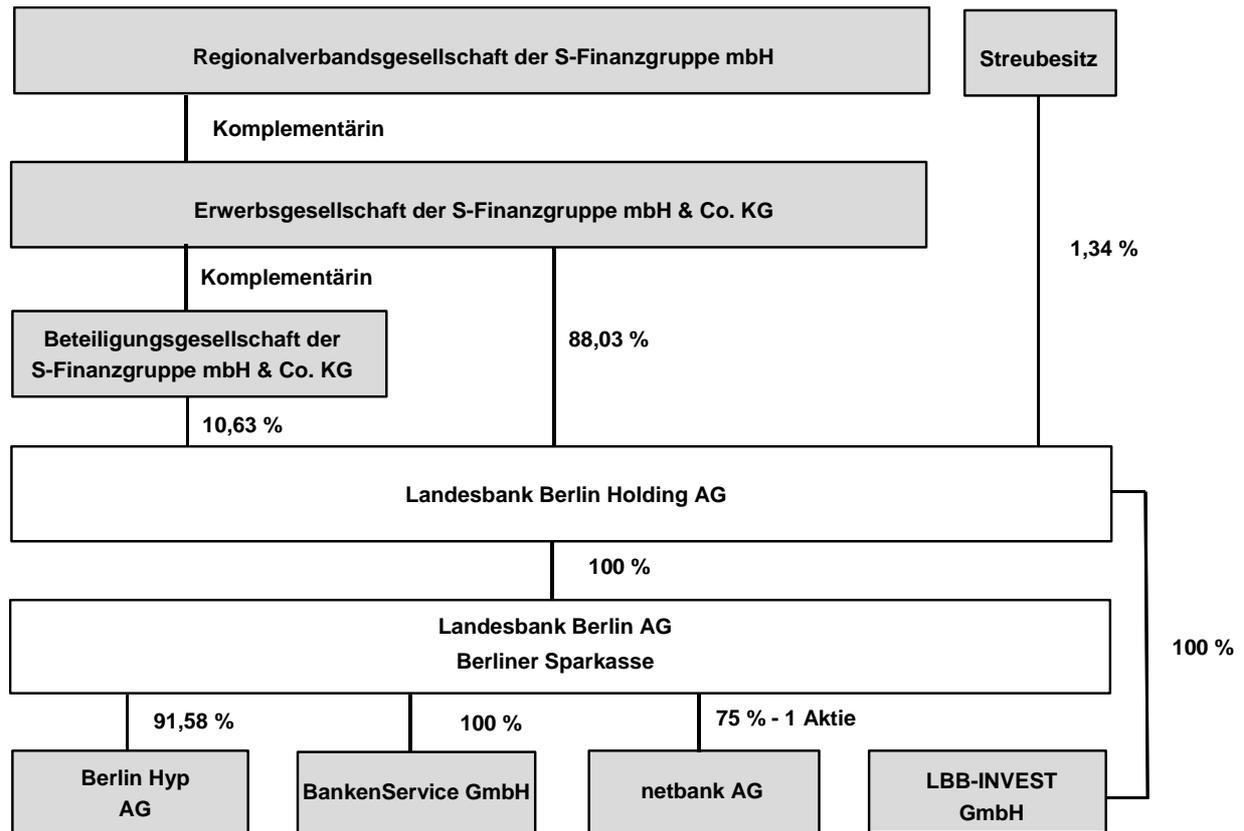
je dividendenberechtigter Stückaktie: 139.905.901,80 €

Gewinnvortrag: 1.806.973,91 €

Das Unternehmen im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Einordnung der Landesbank Berlin Holding AG stellt sich zum 31. Dezember 2009 wie folgt dar:



- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Die mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 erfolgte Übertragung der LBB-INVEST von der Landesbank Berlin auf die Holding wurde über ein Bankdarlehen am externen Markt refinanziert. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,03 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile

hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft somit 98,66 %. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der BankenService GmbH (BankenService), an der netbank AG (netbank) und an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp). Im November 2009 erhöhte die Berlin Hyp ihr Grundkapital um 84,9 Mio. € auf 658,3 Mio. €. Durch die Partizipation der Landesbank Berlin AG an der Kapitalerhöhung stieg deren Anteilsquote an der Berlin Hyp von 90,38 % auf 91,58 %. Die Landesbank Berlin unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des BankenService und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG setzte sich zum 31. Dezember 2009 aus den Herren Dr. Johannes Evers und Dr. Thomas Veit zusammen.

Mit Ablauf des 10. Juni 2009 war Herr Hans-Jörg Vetter aus dem Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG ausgeschieden. Der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG bestellte Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung vom 1. Juli 2009 in den Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und ernannte ihn zum selben Termin zum Vorsitzenden des Vorstands. Auch der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG hat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung vom 1. Juli 2009 zum Vorsitzenden des Vorstands der Gesellschaft ernannt.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2009 wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

Unternehmensentwicklung und Recht

Revision

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Personal

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG

Risiko und Controlling

Compliance

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

BankenService GmbH

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG haben eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 18. Juni 2009 abgegeben.

Weiterhin hat die Gesellschaft Informationen zu Unternehmensführungspraktiken abgegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und als praktische Umsetzungen des DCGK anzusehen sind.

Zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen hat die Gesellschaft eine Beschreibung vorgenommen.

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht und die Erklärungen zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Internetseite „www.lbb-holding.de“ veröffentlicht.

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 18. Juni 2009 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben, mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur

und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung des Vorstands entspricht sowohl den Anforderungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) als auch den aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Rundschreibens 22/2009 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 21. Dezember 2009 (BaFin-Rundschreiben). Die Risikoanalyse im Rahmen einer Selbsteinschätzung der Holding und der LBB zur Anwendbarkeit der Besonderen Anforderungen des Abschnitts 4 des BaFin-Rundschreibens ergab, dass unter Berücksichtigung der für den Betrieb der LBB wesentlichen Risiken in ihren vier Geschäftsfeldern die Anwendung des besonderen Teils des Rundschreibens auf die LBB und die Holding erforderlich ist.

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor. Dabei wird die Gesamtvergütung insbesondere unter Berücksichtigung eines Vergleichs festgesetzt, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht. Weitere Kriterien für die Bemessung der festen Vergütung sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstands, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach den dargestellten Kriterien sowie nach der nachhaltigen Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB. Die feste und die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Holding und der LBB ausgeschieden. Der Aufsichtsrat der Holding hat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung zum 1. Juli 2009 in den Vorstand berufen und ihn ebenso wie der Aufsichtsrat der LBB mit Wirkung ab diesem Tag jeweils zum Vorstandsvorsitzenden ernannt. Dem Vorstand der Holding gehörten somit zum 31. Dezember 2009 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Dr. Thomas Veit an. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdiensverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge von Herrn Dr. Johannes Evers und Herrn Dr. Thomas Veit mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied beziehungsweise 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden im Jahr 2009 von der Holding 128 T€ (Vorjahr: 132 T€) der LBB als Aufwandsersatz erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ist ein Selbstbehalt von mindestens 10 Prozent des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung für die Zeit ab dem 1. Juli 2010 vereinbart worden. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Feste Vergütung

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltstfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung, die nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausgezahlt wird. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jeweiligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die oben genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

Variable Vergütung

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Vorberatung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst, dabei werden die oben genannten Kriterien herangezogen.

Entsprechend den neuen aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 noch stärker auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet und eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sondereinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergütung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die variable Vergütung wird im Anschluss an die Festsetzung zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

Maßgebliche Bemessungsgröße ist - unter Ausblendung von Sondereinflüssen - das Ergebnis der Holding vor Steuern in dem der Festsetzung der jeweiligen Teilrate vorausgehenden Geschäftsjahr. Wird ein Ergebnis erreicht, dass zu mindestens 100 % dem Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), ist von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns auszugehen, welche die Festsetzung einer Teilrate in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, entscheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe die jeweilige Teilrate ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe einer jeden Teilrate prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken mit einbezogen.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,5 % und der damit verbundenen Marktengde die wirtschaftliche Entwicklung der Holding nicht wider. Die Ausgabe von neuen Aktien der LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionär nicht

im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding, die nicht liquide handelbar sind, stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2009 nicht.

Sonstige Vergütungen

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern, der sich durch die private Nutzung des Fahrzeugs ergibt.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

Gesamtvergütung

Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 eine Vergütung von insgesamt 4.475 T€ bezogen (Vorjahr: 6.861 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte nicht ruhegehaltstfähige Vergütung in Höhe von 1.844 T€, die im Geschäftsjahr 2010 zur Auszahlung kommt (Vorjahr: 2.092 T€). Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2008 wurde an die Mitglieder des Vorstands entsprechend den dargestellten Kriterien wegen des erheblich gesunkenen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2008 keine variable Vergütung gezahlt (Vorjahr: 2.015 T€). Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2010 dargestellt.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Versorgungszusagen

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Johannes Evers und Herrn Serge Demolière oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehaltes bereits im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltsfähigen Festgehalt, der sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltsfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Serge Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2009</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u> [in %]
Herr Demolière	51	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	58	75
Herr Müller	44	70
Herr Dr. Veit	54	60
Herr Vetter	58	58

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend seinem Dienstvertrag unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen ihm und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, hat Herr Dr. Thomas Veit Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Vergütungsbericht 2008 wurde bereits darauf hingewiesen, dass mit Herrn Martin K. Müller im Rahmen seiner Wiederbestellung mit Wirkung ab 1. Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag abgeschlossen wurde, der eine Anpassung des ruhegehaltstfähigen, monatlichen Festgehalts mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat. Der Aufsichtsrat hat zudem die Anpassung der ruhegehaltstfähigen monatlichen Festgehälter von vier weiteren Vorstandsmitgliedern entsprechend den Gehaltssteigerungen im Tarifbereich zum 1. April 2009 beschlossen.

Mit Herrn Hans-Jörg Vetter wurden zu seinem Ausscheiden folgende Vereinbarungen getroffen: Das monatliche, ruhegehaltstfähige Festgehalt wurde unverändert bis einschließlich zum 10. Juni 2009 fortgezahlt. Für den Monat Juni erfolgte die Zahlung zeitanteilig. Für das anteilige Geschäftsjahr 2009 erhält Herr Hans-Jörg Vetter die vertraglich vereinbarte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung zeitanteilig. Über die variable Vergütung für das anteilige Geschäftsjahr 2009 entscheidet das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Abschluss des Geschäftsjahres. Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr

2009 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Gehaltsfortzahlungen nach dem Ausscheiden von Herrn Hans-Jörg Vetter aus dem Dienstverhältnis, nachträgliche Prämien, Abfindungszahlungen oder ähnliches wurden nicht vereinbart, die Regelungen zum Ruhegehalt blieben unverändert.

Der Dienstvertrag von Herrn Dr. Johannes Evers wurde bezüglich der Vergütung und des Ruhegehalts auf seine Funktion als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung zum 1. Juli 2009 angepasst.

Der Teilwert der für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen betrug 7.758 T€ (Vorjahr: 9.043 T€). Im Jahr 2009 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.335 T€ zurückgestellt (Vorjahr: 1.070 T€).

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise bestanden zum 31. Dezember 2009 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 296 T€ (Vorjahr: 344 T€).

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.442 T€ gezahlt (Vorjahr: 8.046 T€). In der Vorjahresangabe sind Nachzahlungen an ein ehemaliges Organmitglied für mehrere Jahre enthalten.

Der Teilwert der für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen betrug zum Bilanzstichtag 68.530 T€ (Vorjahr: 65.017 T€).

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15.000,- € beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, der Vorsitzende erhält 15.000,- €, der Stellvertreter 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während

des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding endete mit dem Ablauf der Hauptversammlung der Holding am 9. Juni 2009. Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB endete mit dem Ablauf der Hauptversammlung der LBB am 8. Juni 2009. In der jeweiligen Hauptversammlung fanden Neuwahlen statt. Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats wurden bereits im Mai in beiden Unternehmen gewählt.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- Aufsichtsrat Holding:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge in Höhe von 390 T€ zu zahlen (Vorjahr: 389 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

- Aufsichtsrat LBB:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2009 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 268 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2009 insgesamt im Volumen von 111 T€ (Vorjahr: 2 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennwertlose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 Aktiengesetz (AktG).

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Käuferin) hat sich beim Erwerb der Aktien vom Land Berlin (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe, und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

Das Stimmrecht der Aktionäre ist, von folgenden Ausnahmen abgesehen, weder durch ein Gesetz noch durch die Satzung beschränkt. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft

eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, unmittelbar 88,03 % der Stimmrechte; sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, vertreten; dieser sind die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, hält unmittelbar 10,63 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg vertreten, so dass die Stimmrechte mittelbar dieser Gesellschaft und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, zuzurechnen sind.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestimmt, er besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, so dass gemäß § 2d KWG die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein müssen und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben müssen. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 hatte die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass die Erwerbspreise den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten dürfen.

Zudem darf der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben bestand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 bis zum 30. September 2009 die Befugnis zum Erwerb eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass der Kaufpreis je Aktie den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten darf und insgesamt aufgrund dieser Ermächtigung nur Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden dürfen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde jeweils ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten vier Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Lage spitzte sich zu Beginn des Jahres zunächst weiter zu und erreichte im März 2009 ihren Tiefpunkt. Die deutsche Wirtschaft war vor allem mittelbar betroffen, litt jedoch aufgrund der starken Exportabhängigkeit überdurchschnittlich unter den realwirtschaftlichen Krisenfolgen. Die Industrie-Produktion wies zweistellige Schrumpfraten auf. Im Verlauf des Frühjahrs ließ die starke Verunsicherung der Akteure allmählich nach. Aufgrund der niedrigeren Ausgangswerte wäre eine rasche gesamtwirtschaftliche Erholung vorstellbar gewesen, doch blieb der Wirtschaftsverlauf zunächst schleppend, weil die im Winterhalbjahr gestiegenen Lagerbestände noch abgetragen werden mussten.

Stimulierende Maßnahmen der Öffentlichen Hand, zu denen in Deutschland vor allem die großzügige Ausweitung der Kurzarbeit sowie die Einführung der Abwrackprämie gehörten, trugen entscheidend zur Lagestabilisierung bei. Die unkonventionellen Maßnahmen der Notenbanken wurden das ganze Jahr über beibehalten. Trotz üppiger Liquiditätsausstattung blieb die Investitionsneigung aber gedämpft, weil die Risikoprämien zunächst noch hoch waren und ihnen angesichts eines großen Kapazitätsüberhangs keine vergleichbaren Rentabilitätserwartungen gegenüberstanden.

Liquiditätszuweisungen sowie direkte Markteingriffe der Notenbanken sorgten an den Kapitalmärkten für ein wieder freundlicheres Umfeld. Finanzinstitute konnten so Kapitalmaßnahmen vollziehen und größeren Industrieunternehmen gelang es, über Anleiheplatzierungen Mittel aufzunehmen.

Trotz positivem Trend in vielen Frühindikatoren blieb die wirtschaftliche Lage insgesamt noch labil. Für Deutschland sind die internationalen Rahmenbedingungen schwierig, weil sich die USA, die Peripherie der Eurozone und auch große Teile der neuen EU-Länder mitten in einer Konsolidierungsphase befinden.

Berlin ist im Berichtsjahr besser durch die Finanz- und Konjunkturkrise gekommen als die anderen Bundesländer. So sank das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2009 zum Vorjahreszeitraum um lediglich 2,3 % gegenüber 6,8 % im Bundesdurchschnitt. Dabei profitierte Berlin vom vergleichsweise hohen wirtschaftlichen Gewicht des Dienstleistungs-

sektors, auf den mehr als 80 % der Wertschöpfung entfallen. Hinzu kommt, dass die Berliner Industrie im Vergleich zu anderen Ballungsräumen weniger auf konjunkturanfällige Branchen ausgerichtet ist. Die Krise wirkte sich auf Berlin nicht so stark aus, da die Branchen Pharmazie, Druckerzeugnisse und Nahrungsmittel weniger betroffen waren.

Die Belastungen durch die schwache Konjunktur finden in der Risikoversorge des Konzerns ihren Niederschlag. Gleichzeitig profitierte die Bank insbesondere im Kapitalmarktgeschäft von der anhaltend steilen Zinskurve und dem Rückgang der Risikoaufschläge.

Die erfreuliche Entwicklung im Kundengeschäft sowie ein weiterhin gutes Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung unterstreichen die gute Positionierung der Bank im Marktumfeld.

Aktivitäten der Geschäftsfelder und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt inzwischen eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister im öffentlich-rechtlichen Sektor ein. Die Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Sparkassen auf verschiedenen Produktfeldern wird ausgebaut.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen in überwiegend kleineren Umsatzgrößenklassen. Das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion des Konzerns ausgleichen.

Seit der Umstellung der Konzernrechnungslegung auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) im Jahr 2005 erfolgt die Steuerung des Konzerns auf Basis des IFRS-Rechenwerks. Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie den unterstützenden Corporate Centern betrieben.

Private Kunden

Unter der Marke „Berliner Sparkasse“ betreibt der Konzern in Berlin das Geschäft mit privaten Kunden. Mit Produkten und Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr, die Geldanlage, die Finanzierung und die Vorsorge werden alle finanziellen Bedürfnisse der Kunden mit zielgerichteten Lösungen versorgt. Der Konzern ist in Berlin Marktführer im Privatkundengeschäft. Überregional betreibt der Konzern darüber hinaus das Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern und das Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Direktbankgeschäft ist der Konzern über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG aktiv.

Die Ertragsentwicklung im Geschäftsfeld Private Kunden war 2009 im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Margenverengung im Einlagengeschäft, die schwächeren Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft und die gestiegene Vorsorge aufgrund der Ausweitung des Kreditgeschäfts. Auch der Wegfall von im Vorjahr enthaltenen Sondereffekten aus dem Börsengang einer Beteiligung wirkte sich ergebnismindernd aus.

Mit Beginn des Jahres 2009 hat das Geschäftsfeld Private Kunden seine neuen Privatgirokontomodelle mit großem Erfolg eingeführt. Mit einer Basisvariante und einem Komfortkonto

stehen zwei schlanke und transparente Modelle zur Verfügung. Mit dem erhöhten Kontenbestand honorieren die Kunden das überzeugende Angebot der Berliner Sparkasse aus flächendeckender Erreichbarkeit, persönlicher Beratung, bedarfsgerechten Produkten und modernen Vertriebskanälen und sind bereit, für dieses Angebot einen fairen Preis zu bezahlen.

Im Bereich der Spar- und Geldanlagen waren die Einflüsse der Finanzmarktkrise am deutlichsten spürbar. Für die Privatkunden steht seitdem der Aspekt der Sicherheit an vorderster Stelle bei ihren Anlageentscheidungen. Das Geschäftsfeld Private Kunden profitierte davon durch gestiegene Einlagenbestände und beim Absatz von eigenen Schuldverschreibungen. Deutlich schwächer als im Vorjahr entwickelte sich hingegen das Provisiengeschäft mit Wertpapieren.

Das Kreditgeschäft konnte 2009 weiter ausgebaut und das Volumen der Allzweckkredite gesteigert werden. Die überregionalen Aktivitäten am Point of Sale wurden dabei unter der Marke „LBB Finanzkauf“ ausgeweitet. Mit dem ADAC wurde im Laufe des Frühjahrs eine neue Kooperation zum ADAC-Autokredit gestartet, der durch den Konzern bereitgestellt wird. Die engere Zusammenarbeit in der Sparkassenorganisation hat der Konzern durch die Entwicklung eines Sparkassen-Privatkredites vorangetrieben, den er ab 2010 allen Sparkassen in Kooperation anbietet.

Im überregionalen Kreditkartengeschäft ist der Konzern mit rund 1,95 Mio. Karten zum Jahresende 2009 weiterhin größter Emittent von Kreditkarten in Deutschland. Das Wachstum wird insbesondere von den drei großen Co-Brandings mit dem ADAC, mit Amazon und Air Berlin getragen. Mit Air Berlin wurde Ende 2009 die erste europäische Chip- und PIN-basierte Bankkarte (VPay-Karte) herausgegeben.

Das flächendeckende Vertriebsnetz der Berliner Sparkasse blieb 2009 unverändert. Mit 146 PrivatkundenCentern, 27 VermögensanlageCentern, 3 ImmobilienCentern und einem Private Banking-Standort betont der Konzern weiterhin, dass Nähe zum Kunden zu den besonderen Werten der Sparkassen im Privatkundengeschäft zählt. Der persönliche Kontakt zu den Kunden durch die Berater vor Ort erwies sich für die Berliner Sparkasse in der Finanzkrise als ein entscheidender Faktor zur Festigung des Kundenvertrauens.

Zusätzlich bietet die Berliner Sparkasse ihren Kunden seit Jahren ein leistungsfähiges Multikanalangebot, bestehend aus ihrem Telefonbanking und aus der Internetpräsenz mit

dem Online-Banking. Das Ende 2008 eingeführte neue Sprachportal im Telefonbanking war im Herbst 2009 bei der Verleihung der VOICE Awards in der Kategorie „Bestes Telefonbanking-Portal“ unter den drei besten Anbietern.

Firmenkunden

Der Konzern ist in der Kernregion Berlin-Brandenburg in einem intensiven Wettbewerbsumfeld der Marktführer im Firmenkundengeschäft. Insgesamt werden im Markenverbund „Berliner Sparkasse“ und „Landesbank Berlin“ rund 65.000 Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen betreut. Das erfolgreiche Geschäft basiert auf langjährig gewachsenen Kundenbeziehungen, einem engen Vertrauensverhältnis sowie einem qualitativ hochwertigen Angebot klassischer und innovativer Produkte. Durch intensive Marktbearbeitung wurden 2009 bestehende Kundenverbindungen vertieft und zahlreiche neue Kunden und Konten hinzugewonnen.

Die Kunden können auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf die Landesbank Berlin und die Berliner Sparkasse zählen. Ungeachtet der anhaltenden öffentlichen Diskussionen um eine Kreditklemme wurden Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse ihrer Verantwortung zur Kreditversorgung der regional ansässigen Unternehmen in vollem Umfang gerecht. Der Konzern stellte ausreichende Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs der Unternehmen der Region zur Verfügung. Ebenso engagierte sich das Geschäftsfeld bei regionalen Großprojekten, wie zum Beispiel durch Mitwirkung im Finanzierungskonsortium des Großflughafens BBI Berlin-Brandenburg International. Auch 2009 haben Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse das regionale Gründungsgeschehen, den Innovationspreis Berlin-Brandenburg und die Initiative Business-Plan-Wettbewerb intensiv begleitet. Die Berliner Sparkasse gehörte 2009 bei Existenzgründungen bundesweit wieder zu den marktführenden Sparkassen.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden hat sich 2009 in einem anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld erneut gut behauptet und stabile Erträge erwirtschaftet. Dazu trug die strukturierte Marktbearbeitung unter gezielter Einbindung von Spezialisten ebenso bei wie die stringente Risikopolitik.

Im Firmenkundenkreditgeschäft führte die Investitionszurückhaltung der Unternehmen zu einem Nachfragerückgang. Insgesamt erreichte das Neugeschäft konjunkturbedingt nicht das Vorjahresniveau. Der Bestand an Kundenforderungen lag Ende 2009 wegen des rückläufigen Neugeschäfts unter dem Vorjahreswert.

Die Einlagen der Firmenkunden stiegen 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich. Damit spiegelt auch dieses Produktfeld das Vertrauen der Unternehmen in die Geschäftspolitik des Konzerns nachhaltig wider.

Das Betreuungskonzept mit einem wertorientierten Steuerungsansatz ist Ausdruck einer konsequenten Qualitätsstrategie, deren Umsetzung weiter vorangetrieben wurde. Durch Maßnahmen zur Verbesserung der Beratungsqualität, der Kundenbindung und vertieften Potenzialausschöpfung soll die Ertragsbasis weiter gestärkt werden. Im Jahr 2009 wurde die Zufriedenheits- und Loyalitätsmessung mit Einführung eines innovativen Loyalitätsmanagements auf eine qualitativ neue Basis gestellt. Kunden bescheinigten in diesem Zusammenhang sehr gute Zufriedenheitswerte, insbesondere mit der Betreuungs- und Beratungsqualität, ebenso wie mit dem Leistungsangebot rund um den Zahlungsverkehr. Die Ergebnisse zeigten, dass die verschiedenen Firmenkonto-Modelle mit differenzierten Leistungspaketen im Markt sehr gut angenommen wurden.

Für qualifizierte Beratungsgespräche wurden strukturierte Gesprächstypen zu wichtigen Themenfeldern eingeführt beziehungsweise breiter angewendet. Dazu zählt auch die Bilanz-Rating-Kommunikation, die mit den Kunden weiterhin verstärkt werden soll. Auch die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 2009 erneut durchgeführte LBB-Mittelstandsumfrage lieferte wichtige Erkenntnisse zur Lage und den Zukunftsaussichten unserer Kunden aus erster Hand. Darauf stellte sich die Bank mit geeigneten Angeboten ein, zum Beispiel zur Liquiditätsversorgung oder Investitionsfinanzierung der Unternehmen unter Einbindung der öffentlichen Förderprogramme.

Der geschäftsfeldbezogene Betreuungsansatz mit einem innovativen Vertriebswegemix aus BusinessLine, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden hat sich bewährt. Der TÜV-Rheinland bescheinigte der Bank die gute Service- und Beratungsqualität für das gesamte Gewerbekundensegment mit entsprechenden Zertifikaten. Die TÜV-Zertifizierungen wurden in 2009 erneut bestätigt. Diese Qualitätssiegel untermauern den hohen Anspruch an Qualität, Prozessabläufe und Leistung im Firmenkundengeschäft der LBB.

Immobilienfinanzierung

Im strategischen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp sowohl im Vertrieb als auch in der Markt-

folge in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften sowie Developer. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Geschäftsfelds sind. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld unverändert im oberen Mittelfeld der Branche.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung setzte im Jahr 2009 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter trotz anhaltender Schwierigkeiten auf den Immobilienmärkten erfolgreich fort. Nachdem der inländische Markt im ersten Halbjahr gravierende Umsatzrückgänge von bis zu 80 % zu verzeichnen hatte und folglich die Kreditnachfrage nur geringes Neugeschäft ermöglichte, zeigte sich ab dem dritten Quartal eine spürbare Marktbelebung. Hiervon profitierte das Geschäftsfeld erheblich und konnte unter diesen Umständen ein erfreuliches Neugeschäftsvolumen erreichen.

Schwerpunkt im Neugeschäft bilden in den Kundensegmenten weiterhin die Investoren mit mehr als 80 %. Im Jahr 2009 erhöhte sich der Anteil der Auslandsfinanzierungen insbesondere aus Frankreich und Polen. Der höchste Neugeschäftsanteil entfiel jedoch unverändert auf die Ballungszentren der alten Bundesländer. Bei diesen Objekten hatten Büro- und Geschäftshäuser den größten Anteil. Die Messung und Steuerung der Vertriebsleistung erfolgte anhand der Neugeschäftsvolumina sowie des Margenbarwerts aus dem Neugeschäft.

Der Konzern hielt 2009 unverändert an seinem Grundsatz fest, nur Geschäfte einzugehen, die den strengen internen Rentabilitäts- und Risikokriterien entsprechen. Dementsprechend lag die Quote der sehr guten und guten Risikoklassen im Neugeschäft bei mehr als 90 %. Gleichwohl hat der Konzern den Auswirkungen der Kapitalmarktkrise auf die Immobilienmärkte Rechnung getragen und die Neubildung von Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht.

Das Auslandsgeschäft wurde 2009 behutsam weiterentwickelt. Im Jahr 2010 ist die Eröffnung einer Repräsentanz in Paris für den französischen Markt geplant.

Die Refinanzierungsbedingungen verbesserten sich im Laufe des Jahres 2009. Die Liquiditätsaufschläge gingen zurück, so dass sich in der Folge Entlastungen auf der Konditionen-
seite für die Kunden ergaben. Die Margen lagen auf Vorjahresniveau.

Der Konzern wird seine erfolgreiche Strategie in der Immobilienfinanzierung fortführen. Er setzt unverändert auf einen leistungsfähigen und kundennahen Vertrieb, der qualitativ und quantitativ weiter gestärkt werden soll. Gerade in der Krise hat es sich bewährt, dass unsere Geschäftspolitik auf langfristige Partnerschaft im Sinne einer traditionellen Hausbankverbindung ausgelegt ist, von der Kunden und Bank profitieren.

Kapitalmarktgeschäft

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft (KMG) des Konzerns umfasst die Tätigkeitsbereiche Client Business (Distribution und Production), Treasury und Trading und Internationales Geschäft sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Holding an der LBB-INVEST.

Client Business konzipiert (Client Production) und vertreibt (Client Distribution) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren.

Treasury und Trading steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

Das Internationale Geschäft konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedekte und ungedeckte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Auch das Jahr 2009 war geprägt von der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Seit Beginn des Jahres haben sich die wirtschaftlichen Indikatoren verbessert und zu einer Erholung geführt. Es ist jedoch noch nicht klar, ob dies schon eine Trendwende darstellt.

Unsicherheit besteht weiterhin über die Entwicklung der Kreditausfälle. Das Kapitalmarktgeschäft profitierte von seiner breiten Aufstellung und konnte sich bietende Marktopportunitäten nutzen. Die Landesbank Berlin führte die Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte fort und passte ihre Produktpalette an das veränderte Risikobewusstsein der Anleger an. Die Kundenbasis konnte dadurch verbreitert werden, so dass der Zertifikatebestand nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte inzwischen über dem Niveau des Vorjahres liegt.

Als Reaktion auf die Finanzkrise hat das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft im Jahr 2009 das Risikomanagement weiter optimiert. Das Investitionsvolumen wurde bei vermindertem Kreditrisiko reduziert und die Ertragsziele wurden weitestgehend beibehalten. Damit wird der Konzern den Anforderungen des geänderten Marktumfelds und der neuen Risikosituation im Verlauf der Finanzkrise gerecht.

Weitere Maßnahmen

Ausbau des Qualitätsmanagements

Qualität ist ein zentraler Unternehmenswert und Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Das bedeutet auch, Veränderungen im Markt und Kundenanforderungen frühzeitig zu erkennen und einzubeziehen. Daher steht das Thema Qualitätsmanagement seit Anfang 2008 weit oben auf der Agenda. In allen Bereichen wurden Qualitätsinitiativen gestartet. Sie sollen nicht nur die Produkte und Dienstleistungen für die Kunden verbessern, sondern auch die internen Abläufe und die Zusammenarbeit an Schnittstellen optimieren. In der Marktfolge wurden die Managementsysteme der Risikobetreuung und der BankenService GmbH durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen nach der internationalen Qualitätsmanagementnorm ISO 9001:2008 zertifiziert.

Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen

Der Konzern versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Er unterhält bereits Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB – abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin – ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft (Depot A und B), die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2009

Das Ergebnis der LBB Holding im Geschäftsjahr 2009 war durch die Gewinnabführung der LBB geprägt.

Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	2009	2008	Veränderung 2009 – 2008	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	288	-38	326	>100
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-13	-7	-6	-85,7
Zinsergebnis	2	13	-11	-84,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	277	-32	309	>100
Ertragsteuern	45	-36	81	>100
sonstige Steuern	3	3	0	0,0
Ergebnis nach Steuern	229	1	228	>100
Aktiva in Mio. €	2009	2008	Veränderung 2009 – 2008	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.958	2.958	0	0
Umlaufvermögen				
Forderungen	342	35	307	>100
Sonstige Vermögensgegenstände	18	79	-61	-77,2
Guthaben bei Kreditinstituten	213	0	213	x
Summe Aktiva	3.531	3.072	459	14,9

Im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** wurden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie Verwaltungsaufwendungen und Bewertungsaufwand für ein Wertpapierleihegeschäft berücksichtigt.

Bei der Bemessung der **Ertragsteuern** wurde auch das steuerliche Einkommen der organ-schaftlich verbundenen Unternehmen berücksichtigt.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 ist die **Bilanzsumme** um rund 0,5 Mrd. € auf nunmehr 3,5 Mrd. € angestiegen.

In den **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** sind die Anteile an der LBB mit 2.807 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen** bestanden zum Bilanzstichtag ausschließlich gegenüber verbundenen Unternehmen, überwiegend gegenüber der LBB.

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** in Höhe von 213 Mio. € weisen eine Forderung aus Sicherheitenstellung für ein Darlehen aus.

Passiva in Mio. €	2009	2008	Veränderung 2009 – 2008	
			Mio. €	%
Eigenkapital	2.970	2.741	229	8,4
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen	274	173	101	58,4
- Bilanzgewinn	141	13	128	>100
Rückstellungen	128	142	-14	-9,9
Verbindlichkeiten	433	189	244	>100
Summe Passiva	3.531	3.072	459	14,9

Der **Bilanzgewinn** berücksichtigt neben dem Jahresüberschuss von 229 Mio. € und einem Gewinnvortrag aus dem Jahr 2008 in Höhe von 13 Mio. € eine Dotierung von Gewinnrücklagen in Höhe von 101 Mio. €.

Die **Rückstellungen** bestanden überwiegend aus Steuerrückstellungen.

In den **Verbindlichkeiten** sind als wesentliche Positionen ein Bankdarlehen über 214 Mio. € und Verbindlichkeiten gegenüber der LBB AG aus einer Wertpapierleihe ausgewiesen.

Finanzlage

Der Unternehmenszweck der Holding als Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des KWG ist auf das Halten der Beteiligung an der LBB und der LBB-INVEST ausgerichtet. Die Refinanzierung erfolgt ganz überwiegend aus dem Eigenkapital (84 % der Bilanzsumme).

Den Verbindlichkeiten und Rückstellungen von insgesamt 561 Mio. € stehen Guthaben bei Kreditinstituten und Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 573 Mio. € gegenüber. Der unter Berücksichtigung von Ausschüttungen verbleibende Saldo soll aus Ergebniszuflüssen künftiger Perioden zurückgeführt werden.

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009

Der Aufsichtsrat der LBB hat Herrn Patrick Tessmann zum 1. April 2010 zum Vorstandsmitglied der Landesbank Berlin AG bestellt. Er wird die Verantwortung für das strategische Geschäftsfeld Private Kunden übernehmen.

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2009 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der LBB-INVEST.

Aufgrund der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken der LBB und der Holding.

Der Risikobericht der Holding enthält sowohl die nach DRS 5-10 erforderlichen Angaben als auch die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz.

Im Berichtsjahr wurden die Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems in Folge der Finanz- und Vertrauenskrise erneut auf eine harte Probe gestellt. Auch unter diesen Bedingungen haben unsere Steuerungssysteme uns in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. In Folge der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung zeigen unsere Ratingverfahren insgesamt eine moderate Verschlechterung der Qualität des Kreditportfolios. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Auf die derzeit diskutierte Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an Banken plant der Konzern gegebenenfalls mit Maßnahmen zur Kapitalfreisetzung durch Umstrukturierung der Portfolien, Gewinnthesaurierung oder Kapitalmaßnahmen zu reagieren. Dies ist in der Mittelfristplanung entsprechend berücksichtigt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat im August 2009 die Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) final veröffentlicht. Sie waren in den wesentlichen Teilen bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen.

Wesentlicher Treiber für die Überarbeitung der MaRisk sind internationale Regulierungsinitiativen, die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise in Angriff genommen wurden. Die wesentlichen Änderungen umfassen erweiterte Anforderungen bezüglich Stresstests, Liquiditätsrisiken und der Risikokonzentrationen sowie der Ausgestaltung des Vergütungssystems.

Der Konzern hat hierfür ein Umsetzungsprojekt, das auch die Koordination der Aktivitäten in den Teilinstituten beinhaltet, durchgeführt und abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem ein Vergütungsausschuss gegründet. Für die Weiterentwicklungen zum Stresstesting und zu den Risikokonzentrationen wurde im Januar/Februar 2010 der Probetrieb aufgenommen.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung des Konzerns. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzerneinheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Gesamtrisikosteuerung

Die integrierte Risikosteuerung der LBB erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstandes beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Anteilseignerrisiken),
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken (Cashflow und Fair Value), Währungsrisiken, Aktienkursrisiken,
- Immobilienrisiken,
- Operationelle Risiken,
- Sonstige Risiken / Restrisiken.

Die Risikoarten werden in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung von Risikokapital abgewendet werden.

Die weiteren nicht-monetären Risiken (zum Beispiel das strategische Risiko) werden qualitativ gesteuert. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen. Die

Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird. Dadurch wird sicher gestellt, dass die Einbeziehung der Risiken in die Risikosteuerung auf deren Wesentlichkeit aus ökonomischer Sicht abstellt.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbarer Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko sowie dem Ergebnis der Risikoauswertung des Krisenszenarios auf Gesamtbankebene gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf Gesamtebene definiert. Das im Berichtsjahr durchgeführte Projekt zur Erweiterung des Stresstestings im Zusammenhang mit der Neufassung der MaRisk ergänzt die vorhandenen Methoden, so dass weitergehende Aussagen zu den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Auswirkungen sowie zur Ertragslage möglich sind.

Interne Kapitaladäquanz

Um die Gesamtbanksteuerung noch effektiver zu gestalten, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. Diese Grenze ist enger gefasst und so können bei ihrer Annäherung bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

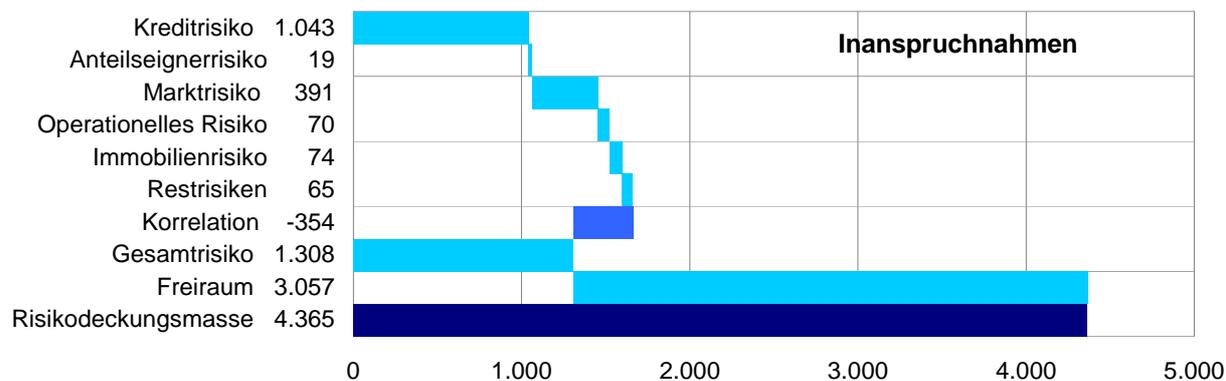
Im Berichtsjahr wurden vor dem Hintergrund der Finanzkrise die Auswirkungen von Ratingmigrationen auf die Kapitalquoten untersucht und umfangreiche Maßnahmen ergriffen beziehungsweise Vorkehrungen getroffen. Darüber hinaus konnte zur Kompensation der auslaufenden nachrangigen Verbindlichkeiten eine großvolumige Nachrangemission erfolgreich platziert werden.

Die LBB verzichtet analog § 2a Abs. 6 KWG auf eine separate Risikotragfähigkeitsrechnung für das Einzelinstitut LBB als übergeordnetem Unternehmen der Gruppe nach § 25a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 KWG. Dargestellt wird die Risikotragfähigkeit für den Konzern LBBH. Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug per 31. Dezember 2009 4.365 Mio. €. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollauslastung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2009 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern LBB Holding zum 31. Dezember 2009
in Mio. €

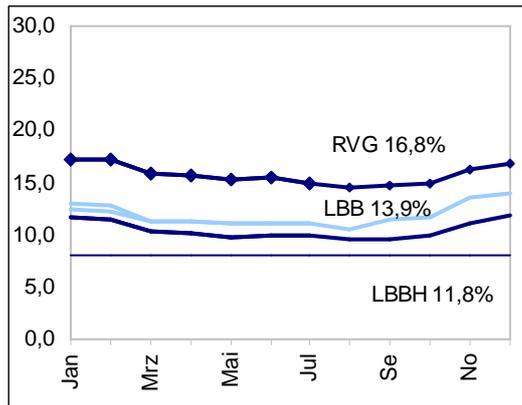


Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

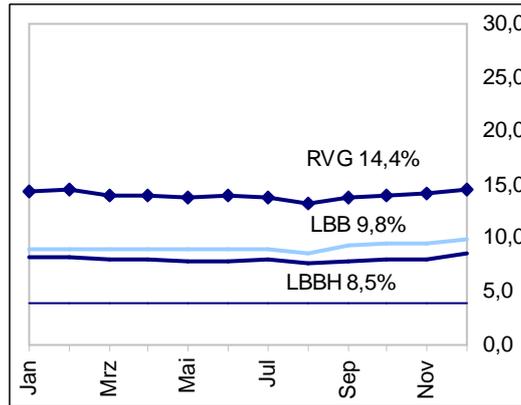
Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die Holding aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding, der LBB und der RVG aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2009 werden für die LBB und LBBH die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBBH betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2009 4.259 Mio. €.

Gesamtkennziffer (SolvV)



Kernkapitalquote (SolvV)



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung regelmäßig eingehalten.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der

Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken in der LBB basiert auf einer risiko-adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem Current Credit Exposure und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapiere und Derivate wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für die LBB darstellen, werden nicht einbezogen.

Das gesamte Current Credit Exposure der LBB betrug zum 31. Dezember 2009 72,7 Mrd. €. Dabei entfielen 22,4 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von 50,3 Mrd. € im Current Credit Exposure enthalten.

Der überwiegende Teil des Current Credit Exposure entfiel auf das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Neben dem Current Credit Exposure wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite.

Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für die LBB zum 31. Dezember 2009 folgende Aufteilung nach den Strategischen Geschäftsfeldern:

Strategisches Geschäftsfeld	Credit Exposure	Current Credit Exposure		
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	Summe
Mio. €				
Privatkunden	9.655	3.766	0	3.766
Firmenkunden	7.040	5.053	0	5.053
Immobilien	12.132	9.978	0	9.978
<i>davon Hypothekendarlehen</i>	12.132	9.978	0	9.978
Kapitalmarktgeschäft	40.479	3.570	36.537	40.108
Sonstige	13.801	0	13.801	13.801
Summe	83.107	22.367	50.338	72.705

Die LBB geht vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland, zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der Immobilienfinanzierung betreut die LBB Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im In- und Ausland.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden in der LBB verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala findet einheitlich über alle Geschäftsfelder Anwendung und ermöglicht die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Die Landesbank Berlin verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die sie in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert.

Zusätzlich zur Ausfallwahrscheinlichkeit werden in der Kreditbeurteilung auch fazilitätsspezifische Aspekte berücksichtigt und zu Risikoklassen verdichtet. Für die Risikoklasse wird ebenfalls die 25-stufige Masterskala verwendet. Sie ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergabeleitlinien, für die Intensität der Kreditüberwachung und bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit,

dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (zum Beispiel der Sicherheitenerlöse) verfeinert. Die Risikobeiträge der einzelnen Kreditnehmer werden berechnet und im Rahmen des Kreditrisikoreportings dargestellt.

Kreditüberwachung

Die LBB überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und proaktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die LBB aktualisiert und verfeinert die Qualität ihrer Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

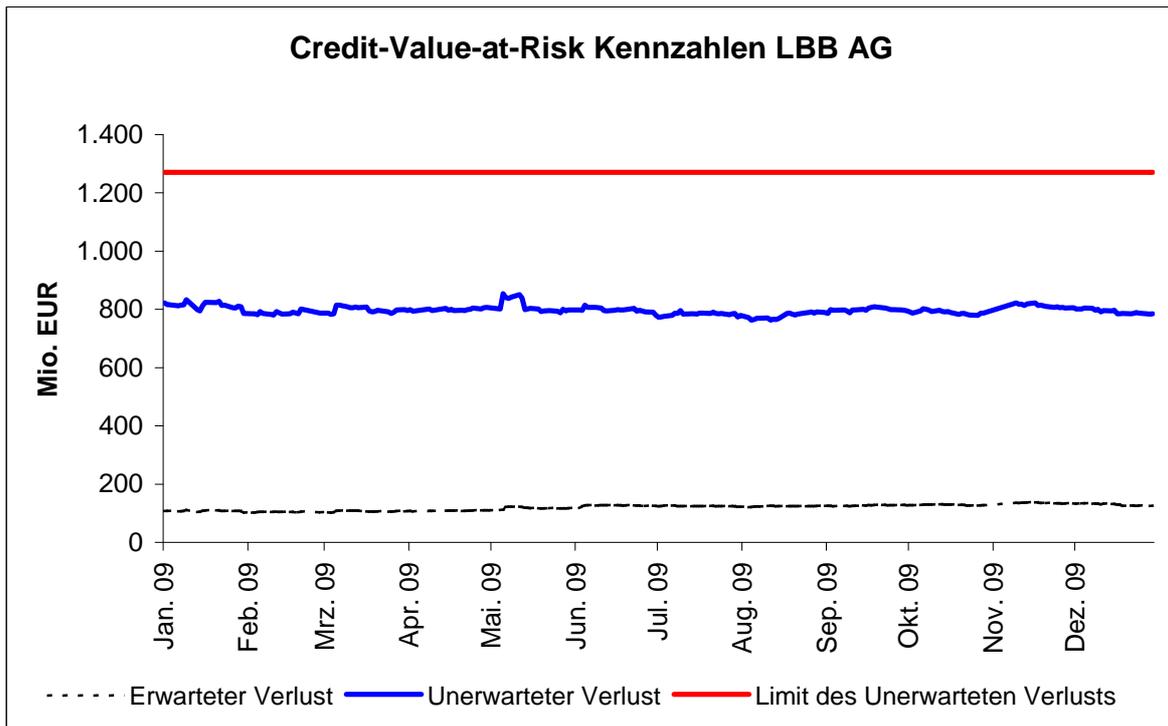
Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer bei den Parametern Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2009 dargestellt.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure. Dies entspricht dem Current Credit Exposure inklusive Add Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Wie im Folgenden dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 95 % auf unlimitierte Länder mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)).

Auslandsvolumen:

<i>in Mrd. €</i>		Netto PFE
ohne Limitierung des Auslandsvolumens		29,8
<i>davon</i>	<i>Euro-Zone</i>	17,2
	<i>Rest EU ohne Limitierung</i>	6,3
	<i>Europa ohne Limitierung</i>	1,2
	<i>Nordamerika</i>	5,1
Limitiertes Auslandsvolumen		1,6
<i>davon mit</i>	<i>geringem Transferrisiko</i>	1,3
	<i>mittlerem Transferrisiko</i>	0,3
	<i>erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating</i>	0,0
Auslandsvolumen der LBB		31,4

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

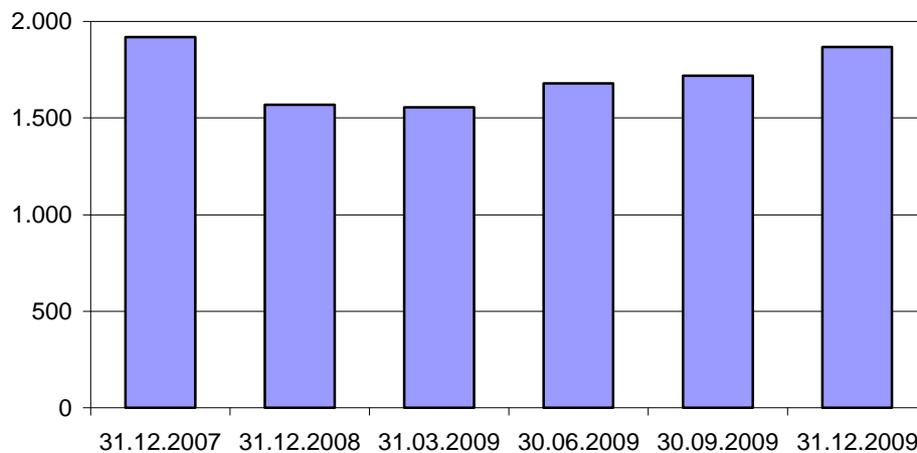
Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem Current Credit Exposure in Höhe von 103,8 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung. Rettungserwerbe waren im Geschäftsjahr 2009 nicht zu verzeichnen.

Das Current Credit Exposure und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das Current Credit Exposure der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist nach einem Rückgang im Jahr 2008 im Berichtsjahr moderat gestiegen und trotz der insgesamt schlechten konjunkturellen Lage noch unter dem Niveau per 31. Dezember 2007 geblieben. Der Anteil am Gesamtexposure der LBB lag zum 31. Dezember 2009 bei 2,6 %.

Current Credit Exposure der Nonperforming Loans in Mio. €



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobereitungsgebiete umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

Anteilseignerrisiken

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus dem Zurverfügungstellen von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung. Im Reporting sind Szenariobetrachtungen, zum Beispiel „Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure“, integriert.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen Geschäftsfelder werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Insgesamt hat sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr durch Verkäufe beziehungsweise Liquidationen in der LBB um 5 Mio. € (22 %) reduziert. Mit der InvestitionsBank des Landes Brandenburg ist eine wesentliche Beteiligung zum Jahresende 2009 verkauft worden.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Auswirkungen der Finanzkrise

Die krisenbedingt eingeschränkte Funktion der Refinanzierungsmärkte im Vorjahr war im ersten Halbjahr 2009 weiterhin zu beobachten. Mit Greifen der Hilfsmaßnahmen seitens der Notenbanken und der staatlichen Unterstützungssysteme für den Finanzsektor hat sich im weiteren Jahresverlauf diese Situation verbessert. Eine Normalisierung der Märkte kann jedoch keinesfalls konstatiert werden. Die Abhängigkeit des Gesamtmarkts vom Fortbestehen der Unterstützungssysteme ist deutlich.

Für die LBB hat sich diese Entwicklung eher in den Refinanzierungspreisen statt in den Volumina niedergeschlagen. Im gesamten Jahresverlauf gelang es, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Aufrechterhaltung angemessener Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

Grundlagen und Liquiditätskennziffer

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach Liquiditätsverordnung als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 365 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo an die BAFin gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Die Liquiditätskennziffer gemäß „Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung)“ betrug per 31. Dezember 2009:

Institut	2009	2008
Landesbank Berlin	2,05	1,64

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden eingehalten. Die niedrigste Kennziffer der LBB im Jahr 2009 belief sich auf 1,51.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für die LBB ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert. Es wurden jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern eingeführt, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind.

Das interne Liquiditätsrisikocontrolling wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns und somit auch der LBB gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2009 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei wird das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Durch den im Berichtsjahr krisenbedingt weiterhin gestörten Interbanken-Geldmarkt war die Deutsche Bundesbank der wichtigste Refinanzierungspartner. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird.

Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der notwendigen

Refinanzierungen im Jahr 2009 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Auch alle Neuemissionen von Pfandbriefen der LBB wurden im Berichtsjahr als Privatplatzierungen getätigt, auf Jumbotransaktionen wurde verzichtet. Der Absatz sowohl der gedeckten als auch der ungedeckten Neuemissionen erfolgte mit einem Anteil von mehr als 90 % im Inland.

Die einzige Benchmark-Transaktion der LBB im Jahr 2009 war die Emission einer Nachranganleihe mit einem Volumen von 500 Mio. €. Bei wieder besser funktionierenden Kapitalmärkten im vierten Quartal des Geschäftsjahres konnte das zehnjährige Wertpapier im November erfolgreich begeben werden. Der Auslandsanteil dieser Transaktion war mit circa 80 % außergewöhnlich hoch.

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstiger Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein. Das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuches wird im Rahmen der Steuerung der Marktpreisrisiken ebenfalls ausgewertet und überwacht.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Bereiche des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiges Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Marktpreisrisikolimiten und -inanspruchnahmen in der LBB 2009

In der Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

in Mio. €

Einheit	Capital-at-Risk LBB AG 2009							
	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	31.12.2009	31.12.2008
Trading	11	20	5	10	20	36	40	15
Client Business	11	13	4	5	22	24	25	25
Treasury	71	104	34	43	172	169	180	160
Internationales Geschäft	1	1	0	1	2	5	5	5
Kapitalmarktgeschäft LBB	79	115	36	50	196	196	180	175
							0	
Bankbuch Landesbank	60	39	26	17	166	98	150	150
LBB	97	139	43	60	217	252	330	325
Aktienrisiko	19	27	11	14	47	57		
Währungsrisiko	9	12	1	3	26	27		
Zinsrisiko	53	56	17	25	123	101		
Credit Spread Risiko	72	124	34	0	165	416		
LBB	97	139	43	60	217	252		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die LBB-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting der LBB werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommt eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie zwei Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB war per Jahresende gegenüber Zinsschwankungen leicht aktivisch aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100, +130 beziehungsweise -190 Basispunkte werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

in Mio. €	+ 100 BP		+130 BP		-190 BP	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Konzern	-184	-94	-231	-133	163	-85
LBB	-123	-4	-155	-17	134	-149
Berlin Hyp	-44	-79	-55	-103	-15	38
andere	-17	-10	-22	-13	45	25

Währungsrisiken

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen bei Währungen ein. Das in der oben gezeigten Tabelle in Höhe von durchschnittlich 9 Mio. € aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

Aktien- und Fondsriskien

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

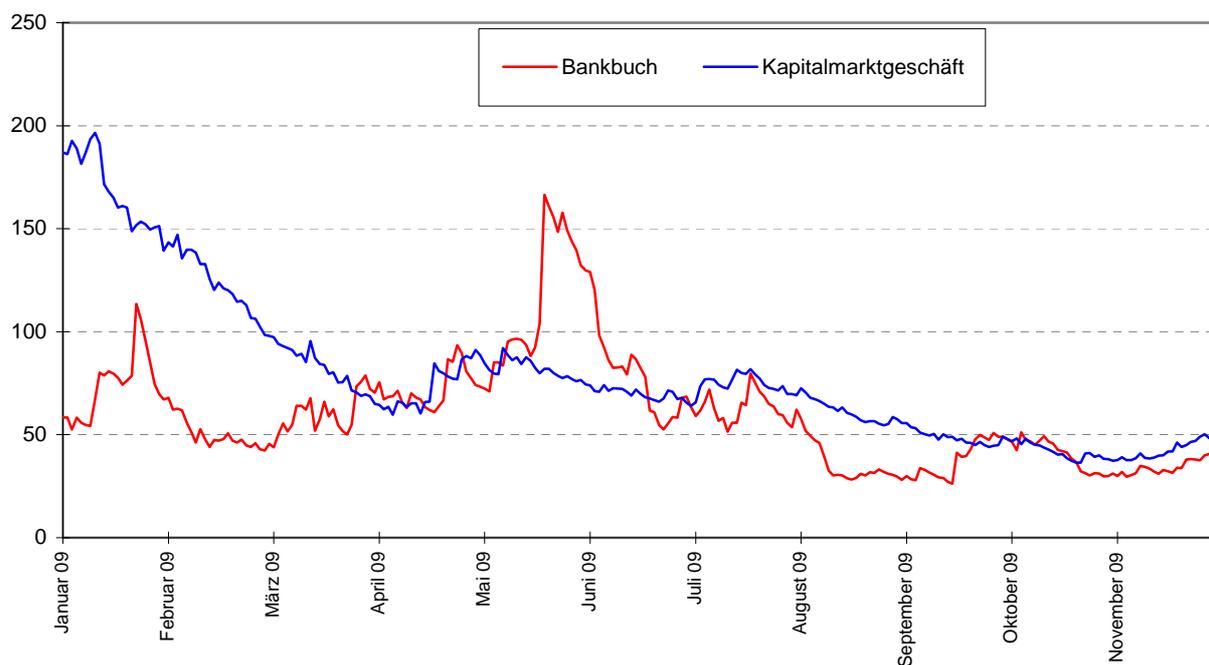
Im Jahresverlauf 2009 hielt die LBB ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

Verlauf des Marktpreisrisikos der LBB

Das Marktpreisrisiko ist im Vergleich zum 31. Dezember 2008 um 172 Mio. € auf 49 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt betrug es 97 Mio. €. Maßgeblichen Einfluss auf den stetigen Risikorückgang hatten die merklich beruhigten Marktbewegungen und das Ausbleiben stresshafter Sprünge, wobei jedoch die Volatilität bei Credit Spreads im langfristigen historischen Vergleich noch außergewöhnlich hoch war. Unterjährig auffällig waren Risikobeiträge durch divergente Bewegungen von Swap- und Pfandbriefrenditen und von Renditen von 3-Monatsswaps und 6-Monatsswaps. Diese Auffälligkeiten führten auch zum Beispiel im Juni zu kurzzeitigen Risikosprüngen.

Im Jahresverlauf 2009 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 180 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 150 Mio. €).

Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimits/-auslastungen, der Stresstests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimits und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limits oder Vega-Limits). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch (inklusive Zinsmanagement) erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Alle zwei Wochen berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells gemeldet.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag

des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der ca. 2.000 zentralen Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (d.h. Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen im Viertelstunden-Rhythmus. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Wertpapiere des Handelsbestandes sowie der Liquiditätsreserve, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft stehen, werden im Rahmen der handelsrechtlichen Bewertung als Bewertungseinheit betrachtet und einer kompensatorischen Einzelbewertung unterzogen. Sofern Bewertungseinheiten der Liquidität

tätsreserve zugeordnet sind, werden negative Salden aus den Bewertungsergebnissen von Grund- und Sicherungsgeschäft erfolgswirksam berücksichtigt. Für Bewertungseinheiten im Anlagevermögen werden negative Bewertungsüberhänge nur erfolgswirksam berücksichtigt, sofern diese als dauerhaft einzustufen sind. Positive Bewertungsüberhänge werden nicht vereinnahmt.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten),
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen durch die Finanzmarktkrise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Immobilienportfolio der Bank umfasst Objekte, die von der LBB selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die LBB beteiligt ist.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure - aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte - der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird.

Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Szenarioanalysen im Rahmen des Projekts Stresstesting erweitert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die strategischen Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2009 im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen um rund 4 % leicht angestiegen.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung

bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerkes werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominde- rung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),

-
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
 - das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
 - einen Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken – Angemessenheit der Eigenmittelausstattung

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet die LBB derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2009 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 98 Mio. € ermittelt.

Die LBB hat ihr Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium DakOR wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese Szenarien werden in der Szenarioanalyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadenfallsammlung ÖffSchOR herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2009 einen Wert von 60,4 Mio. €, der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt ist.

Personalrisiken

Die LBB überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß der unten genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden in der LBB keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft

sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung der IT-Dienstleister wurde seitens der Finanz Informatik die Bank über die Risiken eines Totalausfalls des Rechenzentrums in Hannover (Haupt- und Ersatzrechner) in Kenntnis gesetzt. Das angenommene Katastrophenszenario hat eine sehr geringe Eintrittswahrscheinlichkeit und ein sehr hohes Schadenspotenzial. Zur Risikominderung wurde vom Aufsichtsrat der Finanz Informatik im Jahr 2009 ein Projekt zur Sicherstellung eines zeitnahen Wiederanlaufs beauftragt.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 27002 ständig aktualisiert und verfeinert. Die LBB hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Flankierend wird das Qualitätsmanagement kontinuierlich weiter entwickelt - so wurde die BankenService GmbH nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2009 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Verfahren sowie
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik bis April 2011.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat die LBB einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt die LBB vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Die LBB hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Im Mai 2009 hat die Bank einen internen Arbeitskreis zur Bekämpfung einer Pandemie eingerichtet und in Abstimmung mit den staatlichen Stellen umfangreiche Abwehrmaßnahmen ergriffen.

Outsourcing

Aufgrund der Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat die LBB im Jahr 2009 das interne Regelwerk turnusmäßig überarbeitet und eine weitergehende Risikoanalyse zur Bestimmung wesentlicher Auslagerungen eingeführt.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Organisation implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich die LBB im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden von der LBB sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Holding, damals noch firmierend Bankgesellschaft Berlin AG, hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch im Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Dies führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger auf Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert.

Klage einer Fondsgesellschaft

Wie schon in den Vorjahren berichtet, hat die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € zuzüglich Zinsen gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die Landesbank Berlin AG (LBB) übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Landesbank Berlin Holding (LBBH) sowie die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG). Für die LBB und die LBBH umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Einzel- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 (nach E-DRÄS 5) zu Grunde gelegt. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der Einzel- und Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der Internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management.

Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostrategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und -überwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und untersteht nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Veit.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereiches Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von handelsrechtlichen Einzel- und Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfäl-

le werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz und implementiert. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung sind Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Implizierter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben.

Die Interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die Interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Werden bei Kontrollen Abweichungen und Fehler festgestellt erfolgt eine Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Die weltweite Krise der Kapital- und Finanzmärkte ist entschärft, aber nicht bewältigt. Die private Investitionstätigkeit bleibt zunächst noch gedämpft und auch der Konsum entwickelt sich in den Regionen der Weltwirtschaft, die vormalig hohe Einfuhrüberhänge aufwiesen, schwach. Insgesamt kommt es damit nur zu einer langsamen Erholung.

Für die Wirtschaftsleistung Deutschlands werden in der ersten Jahreshälfte 2010 nur geringe Zuwächse erwartet. Die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen haben in ihrer Gesamtheit keine stimulierende Wirkung mehr, auch wenn öffentliche Infrastrukturmaßnahmen neuen Schub für die Bauwirtschaft mit sich bringen. Aus der Lagerentwicklung ergeben sich noch positive Wachstumsbeiträge. In diesem Kontext steigen allerdings auch die Einfuhren schneller an, so dass die Impulse über den Außenbeitrag begrenzt bleiben. Aufgrund von weiterhin verhaltenen Beschäftigungsaussichten und Kaufkraftverlusten, die mit anziehenden Energiepreisen einhergehen, ist der Konsum zunächst rückläufig.

Für die Region Berlin-Brandenburg wird erwartet, dass sich die Wachstumskerne in den Bereichen unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnik weiterhin als vergleichsweise stabil erweisen. Für positive konjunkturelle Impulse sorgt unverändert die Bauwirtschaft. In anderen Branchen bleibt das Wachstum aber mäßig.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bleiben die Ertragschancen aus der Fristentransformation bei vergleichsweise steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Zudem dürften die Belastungen durch Kreditausfälle zunehmen, je länger die gesamtwirtschaftliche Schwächephase dauert. Diese Konstellation würde mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, wobei auch die Diskussionen um höhere Eigenkapitalanforderungen eine zusätzliche Belastung darstellen könnten. Folglich setzen sich am deutschen Bankenmarkt die Tendenzen zur Bilanzverkürzung fort. Der Druck zur Konsolidierung hält weiter an.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt inzwischen eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister im öffentlich-rechtlichen Sektor ein, die Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Sparkassen auf verschiedenen Produktfeldern wird ausgebaut.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen. Der gesamtwirtschaftliche Konjunkturunbruch ist in Berlin schwächer ausgefallen, weil Industrie und Exportwirtschaft unterrepräsentiert sind. Das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäftes sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion des Konzerns ausgleichen.

Seit der Umstellung der Konzernrechnungslegung auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) im Jahr 2005 erfolgt die Steuerung des Konzerns auf Basis des IFRS-Rechenwerks. Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die Fortsetzung der sich bereits gegen Jahresende 2009 abzeichnenden konjunkturellen Erholung in Verbindung mit einer positiven Entwicklung an den Börsen bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Darüber hinaus würden sich positive Effekte für die Bewertung der strategischen Portfolien ergeben.

Weitere Chancen für den Konzern ergeben sich aus den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft. In diesem Zusammenhang sind auch positive Perspektiven für die LBB aus einer Zusammenarbeit mit den Sparkassen in der Konsumentenfinanzierung zu erwähnen.

Hinzu kommt, dass die aufgrund der Finanzkrise eingeschränkten Möglichkeiten von Konkurrenzinstituten, ihre Geschäfte auszuweiten, dem Konzern die Möglichkeit eines verstärkten Wachstums in seinen Kerngeschäftsfeldern eröffnet.

Soll / Ist-Vergleich

Das operative Ergebnis des Konzerns im Jahr 2009 ist etwas hinter der ursprünglichen Planung zurückgeblieben. Die Finanzmarktkrise hat dazu geführt, dass die Kunden sich im Wertpapiergeschäft zurückhielten und daher die geplanten Provisionserträge in dieser Sparte nicht erreicht werden konnten. Die Niedrigzinspolitik der EZB belastete die Margen im Einlagengeschäft, gleichzeitig konnte der Zinsüberschuss durch das Ausnutzen der steileren Zinskurve gestützt werden. Der realwirtschaftliche Einbruch führte zu einer erhöhten Kreditrisikovorsorge. Die Geschäftsfelder Private Kunden und Immobilienfinanzierung konnten daher die Planungen nicht ganz erreichen, während die Ergebnisse der übrigen strategischen Geschäftsfelder im Zielkorridor lagen.

Schätzverfahren / Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Daneben ist absehbar, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung der Kreditinstitute verschärft werden. Für das Jahr 2010 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2014 unterstellt der Konzern grundsätzlich funktionierende Märkte. Bereits erkennbare Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die übrige Wirtschaft haben wir planerisch berücksichtigt. Mittelfristig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve sich wieder auf ein Niveau wie vor der Finanzmarktkrise entwickeln wird. Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Landesbank Berlin Holding erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Daher geht die Holding davon aus, die positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die noch nicht absehbaren Folgen des konjunkturellen Abschwungs erschweren jedoch eine Prognose. Ungeachtet dessen geht der Vorstand für die nächsten zwei Jahre davon aus, das operative Ergebnis vor Steuern sukzessive steigern zu können, die Kapitalbasis kontinuierlich zu stärken und eine Dividendenzahlung zu ermöglichen.

Bilanz der LBB Holding AG zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2008 TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(1)		2.958.081		2.958.081
2. Beteiligungen	(1)		<u>0</u>		<u>0</u>
				2.958.081	2.958.081
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(2)	341.562			34.740
2. sonstige Vermögensgegenstände	(2)		<u>18.136</u>		<u>78.854</u>
			359.698		113.594
II. Guthaben bei Kreditinstituten					
	(2)		<u>212.991</u>		0
				572.689	113.594
Summe der Aktiva:				3.530.770	3.071.674

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2008 TEUR
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital					
	(3)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage	(3)	24.654			13.187
2. andere Gewinnrücklagen	(3)		<u>249.000</u>		<u>159.630</u>
			273.654		172.817
III. Bilanzgewinn					
	(3)		<u>141.713</u>		<u>13.206</u>
				2.970.108	2.740.764
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen					
	(4)		123.016		135.793
2. sonstige Rückstellungen					
			<u>5.280</u>		<u>5.426</u>
				128.296	141.219
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute					
	(5)		213.538		0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
	(5)		217.985		189.292
3. sonstige Verbindlichkeiten					
3. sonstige Verbindlichkeiten	(5)		843		399
davon aus Steuern		16			(396)
				432.366	189.691
Summe der Passiva:				3.530.770	3.071.674

Eventualverbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (11)					
				2.022.813	3.171.219
				2.022.813	3.171.219

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009**

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2008 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge			122	1.367
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)		12.869	7.953
3. Erträge aus Beteiligungen			22	24
davon aus verbundenen Unternehmen		22		(24)
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			287.583	0
5. Aufwendungen aus Verlustübernahmen			0	38.615
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(7)		18.404	13.478
davon aus verbundenen Unternehmen		0		(662)
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(7)		15.722	10
davon aus verbundenen Unternehmen		513		(0)
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			277.540	-31.709
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(8)		44.931	-35.448
10. Sonstige Steuern	(9)		3.265	3.107
11. Jahresüberschuss			229.344	632
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			13.206	12.606
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in die gesetzliche Rücklage			11.467	32
in andere Gewinnrücklagen			89.370	0
14. Bilanzgewinn			141.713	13.206

Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2009

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB a.F. (IFRS) erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB AG) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB a.F. einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Die Landesbank Berlin Holding AG ist Tochterunternehmen der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg. Die Konzernabschlüsse der Konzerne Landesbank Berlin Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB a.F.), der LBB AG und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB a.F.) werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a. HGB a.F.

Verbundene Unternehmen					in TEUR	
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
1.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	5.168	2.469
2.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 2) 9)}	100,00		EUR	-1.876	-101
3.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 2) 4) 9)}	100,00		EUR	51	0
4.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	26	0
5.	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{1) 3) 9)}	91,58		EUR	720.058	44.743
6.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	k. A.	k. A.
7.	B & E Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	k. A.	k. A.
8.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig ^{1) 11)}	100,00		EUR	k. A.	k. A.
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ^{1) 12) 14)}	100,00		USD	-22.997	122.109
10.	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 9) 15)}	100,00		GBP	13.075	490
11.	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	104	0
12.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin ^{1) 9)}	94,00		EUR	-1.618	378
13.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	422	-4
14.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	-386	45
15.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ^{1) 8) 9)}	100,00		EUR	100	0
16.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	9.436	0
17.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	60	1.044
18.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 2) 4) 9)}	100,00		EUR	5.624	0
19.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{1) 9)}	76,71		EUR	-21.013	-2.186
20.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ^{1) 9)}	99,93		EUR	-7.873	-4
21.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ^{1) 9)}	60,22		EUR	3.833	197
22.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 7)}	78,10		EUR	61	-518
23.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	26	0
24.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking ^{1) 9)}	92,49	92,47	EUR	134	26.765
25.	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ^{1) 2) 9)}	100,00		EUR	16.442	0

Verbundene Unternehmen					in TEUR	
Lfd.N		Kapital-	abw.		Eigenkapital	Ergebnis
r.	Name/Ort	anteil	Stimm-	WKZ	in TEUR	in TEUR
26.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	20	0
27.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	115	-13
28.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	2.556	0
29.	Landesbank Berlin AG, Berlin ¹³⁾	100,00		EUR	2.857.327	0
30.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg ^{1) 3) 12)}	100,00		EUR	197.968	18.288
31.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00		EUR	10.660	0
32.	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH i. L., Klettwitz ^{1) 7)}	60,00		EUR	-9	0
33.	Lausitzring GmbH & Co. KG i. L., Klettwitz ^{1) 9)}	70,00		EUR	-84.321	3
34.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ^{1) 9)}	100,00		EUR	1.319	72
35.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	256	0
36.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	1.103	0
37.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ^{1) 9)}	100,00		EUR	3.000	0
38.	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München ^{1) 9)}	94,00	55,30	EUR	24	0
39.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ^{1) 12)}	74,99		EUR	27.689	-2.788
40.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	83	-210
41.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	5	0
42.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	793	0
43.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	530	447
44.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{1) 6)}	75,00		EUR	42	9
45.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{1) 6)}	75,00		EUR	417	-154

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd.N		Kapital-	abw.		Eigenkapital	Ergebnis
r.	Name/Ort	anteil	Stimm-	WKZ	in TEUR	in TEUR
46.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 9)}	47,47		EUR	33.707	2.426
47.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	30,00		EUR	72	5
48.	Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 4) 9)}	25,10		EUR	9.889	0
49.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 10)}	25,10		EUR	9.015	-1.563
50.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ^{1) 9)}	21,79		EUR	8.376	181
51.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1) 9)}	45,00		EUR	4.271	912
52.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 7)}	45,00		EUR	28	1
53.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover ^{1) 9)}	50,00		EUR	1.130	8
54.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	50,00		EUR	133	52
55.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. KG, Pöcking ^{1) 9)}	94,00	50,00	EUR	21	2
56.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 8)}	49,00		EUR	-184	0
57.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ^{1) 9)}	49,00		EUR	3	-1
58.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin ^{1) 7)}	48,48		EUR	-50.432	2.789
59.	GbR TOCOTAX ^{1) 9)}	0,00	33,33	EUR	0	-106
60.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ^{1) 9)}	50,00		EUR	-2.602	-300
61.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ^{1) 9)}	39,60	20,00	EUR	25	0
62.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover ^{1) 9)}	0,00	50,00	EUR	279	51
63.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ^{1) 9)}	42,39		EUR	439	210
64.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 5)}	0,00	40,00	EUR	0	0
65.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 7)}	26,80		EUR	32.530	2.249
66.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ^{1) 9)}	49,00	36,30	EUR	-3.182	164

- 1 Mittelbar gehalten.
- 2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile
- 3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Abdruck unter Ziffer (10) des Anhangs
- 4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag
- 5 Es liegen Daten zum 31.12.2005 vor.
- 6 Es liegen Daten zum 30.09.2007 vor - abweichender Jahresabschlussstermin
- 7 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.
- 8 Zahlen aus JA/Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)
- 9 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.
- 10 Es liegen Daten zum 30.09.2009 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.
- 11 Neugründung im Juli 2009.
- 12 Es handelt sich um IFRS-Konsolidierungszahlen per 31.12.2009
- 13 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

EZB-Kurse vom 31.12.2009

- 14 1 EUR = 1,4406 USD
- 15 1 EUR = 0,8881 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft

1. Landesbank Berlin AG, Berlin
2. Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Soweit in diesem Anhang auf Rechtsvorschriften des HGB in der Fassung vor Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) Bezug genommen wird, ist dies durch den Zusatz „a.F.“ kenntlich gemacht.

Die Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB a.F.).

Die Landesbank Berlin Holding AG gilt gem. § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB a.F. als große Kapitalgesellschaft.

Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB a.F. der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG, hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Rückstellungen sind gem. § 253 Abs. 1 HGB a.F. in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2008	2.958
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2008	3.038
Zugänge 2009	0
Abgänge 2009	0
Umbuchungen 2009	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2009	3.038
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2008	0
Zugänge 2009	0
Abgänge 2009	0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2009	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2008	80
Zugänge 2009	0
Abgänge 2009	0
Umbuchungen 2009	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2009	80
Buchwert zum 31.12.2009	2.958

(2) Umlaufvermögen

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Ansprüche aus Gewinnabführungen aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen gegenüber der LBB AG in Höhe von 272,5 (i.Vj.: Verbindlichkeiten von 38,6) Mio. EUR und gegenüber der Landesbank Berlin Investment GmbH in Höhe von 15,1 Mio. EUR. Weiterhin bestehen Forderungen in Höhe von 54,0 (i.Vj.: 33,1) Mio. EUR aus Guthaben bei Kreditinstituten.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich mit 18,1 (i.Vj.: 78,9) Mio. EUR im Wesentlichen um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden.

Die gesondert ausgewiesenen Guthaben bei Kreditinstituten haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, die restlichen Forderungen sind sämtlich im Folgejahr fällig.

(3) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Landesbank Berlin Holding AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 bis zum 30. September 2010 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Der Kaufpreis je Aktie darf den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Insgesamt dürfen aufgrund dieser Ermächtigung Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden; zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen.

Die Landesbank Berlin Holding AG hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Im Kreditgeschäft hat das 100 %ige Tochterunternehmen LBB AG zum Jahresende 2009 gemäß § 71e AktG 21.157 (i.Vj.: 22.097) Stückaktien der Landesbank Berlin Holding AG als Pfand genommen; dies entsprach 0,0 % (i.Vj.: 0,0 %) des gezeichneten Kapitals.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, hat der Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH hat der Landesbank Berlin Holding AG außerdem gemäß § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, hat der Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,63 % (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2009 beträgt 141,7 (i.Vj.: 13,2) Mio. EUR. Hierin ist ein Gewinnvortrag i.H.v. 13,2 (i.Vj.: 12,6) Mio. EUR enthalten. Vom Jahresüberschuss 2009 waren 5 % 11,5 (i.Vj.: 0,0) Mio. EUR in die gesetzliche Rücklage einzustellen, 89,4 Mio. EUR wurden in andere Gewinnrücklagen eingestellt.

(4) Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen bestehen im Wesentlichen für Steuern vom Einkommen und Ertrag und damit zusammenhängende steuerliche Nebenleistungen.

(5) Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 218,0 (i.Vj.: 188,6) Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um ein Wertpapierleihegeschäft mit der LBB AG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch die Verpfändung der Guthaben bei Kreditinstituten besichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Restlaufzeitband von 1 bis 5 Jahren fällig. Die restlichen Verbindlichkeiten sind sämtlich im Folgejahr fällig.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Mio. EUR	2009	2008
Konzernleistungsverrechnung	3	3
Beratungs-, Prüfungs-, Gerichtskosten sowie Gebühren	3	3
Versicherungsbeiträge	2	2
Bewertungsaufwand	5	0
Insgesamt	13	8

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

(7) Zinsergebnis

in Mio. EUR	2009	2008
Zinserträge	18	14
aus Forderungen	0	1
aus der Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern sowie Zinsen aus Steuererstattungen	18	13
Zinsaufwendungen	16	0
für Verbindlichkeiten	6	0
aus der Zuführung zu Zinsrückstellungen für Steuern sowie Zinsen aus Steuernachzahlungen	10	0
Insgesamt	2	14

(8) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im ausgewiesenen Ertragssteueraufwand sind die Steuern des Berichtsjahres sowie Zuführungen zu den Steuerrückstellungen für Vorjahre enthalten. Die Erträge aus der Auflösung nicht benötigter Steuerrückstellungen für Vorjahre wurden mit dem Aufwand saldiert.

(9) Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen Umsatzsteueraufwendungen.

Sonstige Angaben

(10) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen der von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Landesbank Berlin Holding AG bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Patronatserklärungen sind durch die Landesbank Berlin Holding AG nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Landesbank Berlin Holding AG als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 1.717,8 (i.Vj.: 2.865,7) Mio. EUR, die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die Landesbank Berlin AG übertragen werden konnten. Daneben garantiert die Landesbank Berlin Holding AG 40 Zertifikate und Schuldverschreibungen in Höhe von 305,0 (i.Vj.: 305,5) Mio. EUR, die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen hat.

Die Landesbank Berlin Holding AG hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB AG im Wege einer Geschäftsbesorgung.

(11) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter (bis 10.06.2009), Dr. Evers (ab 01.07.2009) und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB AG. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG bestehen die Dienstverträge der Herren Vetter, Dr. Evers und Dr. Veit sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB AG, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB AG, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Landesbank Berlin Holding AG einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Landesbank Berlin Holding AG im Jahre 2009 128 (i.Vj.: 132) TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2009	2008
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	390	389

¹⁾ ohne Umsatzsteuer

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2009** folgende Vergütungen von der LBB:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB) ³⁾	483	0	13	496
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(231)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB) ⁴⁾	425	0	22	447
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(165)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	0	33	742
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Summe Organmitglieder				
LBB Holding	1.617	0	68	1.685
Serge Demolière (LBB)	1.008		34	1.042
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB) ⁵⁾	321	0	24	345
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(123)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Vergütungsaufwand				
Gesamt (LBB AG)	4.267	0	208	4.475

¹⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der LBB Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

⁴⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers ab dem 1. Juli 2009 als Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes der LBB Holding und als Vorsitzender des Vorstandes der LBB.

⁵⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers als Mitglied im Vorstand der LBB bis 30.06.2009.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2008** folgende Vergütungen von der LBB:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	1.074	650	26	1.750
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(521)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	695	400	33	1.128
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Summe Organmitglieder LBB Holding	1.769	1.050	59	2.878
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB)	632	275	45	952
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Uwe Kruschinski ³⁾		30		30
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>				
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Vergütungsaufwand Gesamt (LBB AG)	4.626	2.015	220	6.861

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige (variable) Teil der Jahresvergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 bis 9 HGB. sind im Lagebericht enthalten.

Die für das **Geschäftsjahr 2009** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2009	2008		2009	2008
Mitglieder des Aufsichtsrats			Mitglieder des Aufsichtsrats		
Heinrich Haasis	45	45	Michael Jänichen	21	15
Bärbel Wulff	35	35	Daniel Kasteel	15	15
Dietmar P. Binkowska ¹⁾	-	13	Thomas Mang	21	15
Gregor Böhmer ²⁾	11	25	Astrid Maurer ²⁾	7	15
Dagmar Brose ²⁾	7	15	Frank Meysel ³⁾	8	-
Hans Jörg Duppré ²⁾	15	15	Wolfgang Pansegrau ³⁾	8	-
Michael Dutschke ³⁾	8	-	Andreas Rohde ²⁾	7	15
Christina Förster	15	15	Peter Schneider	15	15
Gerhard Grandke ³⁾	8	-	Friedrich Schubring-Giese	15	15
Artur Grzesiek ⁴⁾	15	1	Joachim Tonndorf ²⁾	11	25
Sascha Händler	15	15	Dr. Harald Vogelsang	15	15
Gerald Herrmann ³⁾	8	-	Frank Wolf	25	25
Jürgen Hilse	25	25			
Claus Friedrich Holtmann	15	15			
Summe				390	389
zuzügl. USt				57	60
Gesamtaufwand				447	449

¹⁾ Mitglied bis 21. November 2008

²⁾ Mitglied bis 9. Juni 2009

³⁾ Mitglied seit 9. Juni 2009

⁴⁾ Mitglied seit 24. November 2008

(12) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.) sind in der Anlage 1 und Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

(13) Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Landesbank Berlin Holding AG ausgegebenen Aktien (Ziffer 6.6 DCGK).

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender bis 10. Juni 2009

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender ab 1. Juli 2009

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff *)

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Gregor Böhmer

bis 9. Juni 2009

ehem. Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Dagmar Brose *)

bis 9. Juni 2009

Referentin Finanzen der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*)

ab 9. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Referent Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

ab 9. Juni 2009

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Spezialist/Teamkoordinator Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*)

ab 9. Juni 2009

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di,
Bundesverwaltung Berlin

Jürgen Hilse	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Projektmanagement des Bereichs Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Astrid Maurer *) bis 9. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
Frank Meysel *) ab 9. Juni 2009	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Wolfgang Pansegrau *) ab 9. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Andreas Rohde *) bis 9. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Friedrich Schubring-Giese	Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern
Joachim Tonndorf *) bis 9. Juni 2009	ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 22. Februar 2010

Der Vorstand

Dr. Evers

Dr. Veit

Anlagen

Anlage 1:	Mandate von Mitgliedern des Vorstands (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)
Anlage 2:	Mandate von Mitgliedern des Aufsichtsrats (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2009 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands (seit 01.07.2009)

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin (seit 01.07.2009)

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin (seit 11.09.2009, zuvor seit 17.07.2009 Mitglied des Aufsichtsrats)
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (seit 22.09.2009, zuvor seit 07.07.2009 Mitglied des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart (seit 01.01.2010 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
- Mitglied des Beirats der
 - BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 - Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main (seit 01.08.2009)
 - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg (bis 07.07.2009)

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main
- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin (seit 05.06.2009, zuvor stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands (bis 10.06.2009)

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 10.06.2009)

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Hypo Real Estate Bank AG, München
 - Hypo Real Estate Holding AG, München

- a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
(seit 05.06.2009, zuvor Vorsitzender des Aufsichtsrats)

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH, Neuhardenberg

- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Mandate des Aufsichtsrats nach § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2009 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- *¹) Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG, Bad Homburg
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Verwaltungsrats der

 - Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.
 - Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
 - Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a. M.

Bärbel Wulff *¹

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

- a) stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

Gregor Böhmer
(bis 09.06.2009)

ehem. Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart (bis 28.02.2009)

2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart (bis 28.02.009)

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 08.06.2009)
- Feuersozietaät Berlin Brandenburg AG, Berlin (bis 27.05.2009)
- Heubeck AG, Köln (bis 25.05.2009)

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- S PensionsManagement GmbH, Düsseldorf (bis 28.02.2009)
- S PensionsBeratung GmbH, Düsseldorf (bis 28.02.2009)

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M. (bis 28.02.2009)

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt a. M. und Erfurt (bis 28.02.2009)

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M. (bis 28.02.2009)
- Banque LBLux S.A., Luxembourg (bis 28.02.2009)

Dagmar Brose *)
(bis 09.06.2009)

Referentin Finanzen in der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Flugplatz GmbH Aeroville, Zweibrücken

Michael Dutschke *)
(ab 09.06.2009)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Referent Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 08.06.2009)

Gerhard Grandke

(ab 09.06.2009)

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt a. M. und Erfurt
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- Banque LBLux S.A., Luxembourg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Zoo Duisburg AG, Duisburg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- VEMAG Verlags und Medien AG, Köln

Sascha Händler *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Spezialist/Teamkoordinator im Bereich Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 08.06.2009)

Gerald Herrmann *)

(ab 09.06.2009)

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di
Bundesverwaltung Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Talanx AG, Hannover
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Jürgen Hilse

ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- AFL Finanzleasing GmbH, Göppingen
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- Frischauf! Management und Marketing GmbH, Göppingen
- Kreisbaugesellschaft mbH Filstal, Göppingen
- WiF – Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Göppingen mbH, Göppingen

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Vorsitzender des Hochschulrats der
- Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Mitglied des Hochschulrats der
- Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe, Bonn
(University of Applied Sciences)

Vorsitzender des Beirats der
- Wiedmann & Winz Internationale Spedition GmbH, Geislingen an der Steige

Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.

Michael Jänichen *)

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam
- Mitglied des Bundesbeirats der
- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg v.d.H.

Daniel Kasteel *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Projektmanager Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 08.06.2009)

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen
- Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover
- Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover
- Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover
- Öffentliche Versicherung Braunschweig, Braunschweig
- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg
- Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH, Fürstenberg

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
- NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
- Sparkassen International Development Trust GmbH, Berlin
- Förderungsgesellschaft des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes mbH, Hannover

Mitglied im Verwaltungsrat der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Astrid Maurer *)

(bis 09.06.2009)

Mitglied des Betriebsrats und Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 08.06.2009)

Frank Meysel *)

(ab 09.06.2009)

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Wolfgang Pansegrau *)

(ab 09.06.2009)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Andreas Rohde *)

(bis 09.06.2009)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 08.06.2009)

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
- SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Badische Allgemeine Versicherungen AG, Karlsruhe
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- S.V. Holding AG, Dresden
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Baden-Württembergische Bank, Stuttgart
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
- Mitglied des Aufsichtsrats des
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz
- Rheinland-Pfalz Bank, Mainz
- Sachsen Bank, Leipzig
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- Vorsitzender der Trägerversammlung der
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz

Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Consal Beteiligungs-AG, München ¹⁾
 - Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München ¹⁾
 - Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
 - Feuerzotietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin ¹⁾
 - Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin ¹⁾
 - SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
 - SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf
- ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG, Zürich
 - Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
 - MehrWert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf

Joachim Tonndorf *)

(bis 09.06.2009)

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Frank Wolf *)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
 - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

¹⁾ Konzernmandat

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 22. Februar 2010

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 3. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Mark Maternus
Wirtschaftsprüfer